

30/30 von der EU für Klimaabkommen in Kopenhagen gefordert

Vom 7. bis 18. Dezember haben 15.000 Delegierte aus 190 Staaten auf der 15. Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen über ein Nachfolgeabkommen ab 2013 verhandelt. Im Vorfeld hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag konkrete Forderungen an die schwarz-gelbe Bundesregierung für die Verhandlungen gestellt. Die „Klimakanzlerin“ muss endlich Taten bringen, anstatt mit schönen Worten ihre Untätigkeit zu verschleiern. Unsere Kernforderungen sind: die Zusage der europäischen Union, ihre Treibhausgasemission ohne weitere Bedingungen um 30 Prozent zu reduzieren und die Bereitstellung von 30 Milliarden Euro für die Entwicklungsländer.

Faires und umfassendes Klimaabkommen notwendig

Der Klimawandel muss jetzt gestoppt werden, um die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten. Schon jetzt sind vor allem die armen Regionen vom Klimawandel betroffen, den sie selbst nicht verursacht haben. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, in Kopenhagen dafür einzutreten, dass die Industriestaaten im Vergleich zu 1990 ihren Treibhausgasausstoß um mindestens 25 bis 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 bis 95 Prozent bis 2050 reduzieren. Ebenso sollen die Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Emissionen bis 2020 um 15 bis 30 Prozent unter den zu erwartenden Trend senken. Die am wenigsten entwickelten Länder sind davon auszunehmen.

Nachdem auch die USA, China und Indien Angebote gemacht haben, muss jetzt die EU die positive Entwicklung vorantreiben. Sie muss deshalb unabhängig von dem was andere Länder machen, ihren Treibhausgasausstoß um 30 Prozent mindern. Deutschland muss weiterhin Vorbild sein, um glaubwürdig zu bleiben. Bis 2020 müssen hier die Emissionen um mindestens 40 Prozent gesenkt werden. Die neue Bundesregierung muss weitere Klimaschutzmaßnahmen umsetzen, um die Lücke zum bestehenden Klimaschutzprogramm zu schließen. Das, was Schwarz-Gelb bisher vorlegt hat, reicht bei weitem nicht aus. Energieeffizienz und die großen Potenziale der erneuerbaren Energien im Wärmebereich müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Union und FDP handeln kontraproduktiv. Denn wenn sie die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern, gefährden sie den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Entwicklungsländer verlässlich unterstützen

Die Entwicklungsländer müssen konkrete Finanzierungszusagen von den Industriestaaten für die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen sowie für klimawandelbedingte Anpassungen (z. B. Deichbau) bekommen. Sonst werden sie keinem Klimaschutzabkommen zustimmen. Der Anteil der EU daran muss aufwachsend 30 Milliarden Euro ab 2020 betragen. Diese zusätzlichen Finanzierungshilfen dürfen nicht auf die Mittel für die grundsätzliche Entwicklungszusammenarbeit angerechnet werden. Doch genau das wollen Union und FDP. So verspielt Niebel bei den Entwicklungsländern das Vertrauen in die Zusagen der Industriestaaten.

In der Begrenzung des Klimawandels besteht die Chance zur Erneuerung und Zukunftsfähigkeit der Weltwirtschaft. Die Energiewende mit der Entwicklung neuer Technologien und die ausschließliche Nutzung erneuerbarer Energien sind der Schlüssel für die Arbeitsplätze der Zukunft und für Sicherheit, Wohlstand und Stabilität.

Vom Unterschied des Wissens und Handelns

Der Klimawandel ist sichtbar und wir haben uns daran gewöhnt. Wir wissen, dass Öl, Gas und Kohle zur Neige gehen. Die Umsetzung dieses Wissens in Handeln läuft aber schleppend. Denn kulturelle und grundlegende gesellschaftliche Verhaltensänderungen sind ein Lernprozess. Die Umweltpsychologie beobachtet, dass Menschen in kleinen Gruppen dieser Prozess leichter gelingt.

Entscheidend ist das Zusammengehörigkeitsgefühl. Erfolge sind direkt messbar und können sofort belohnt werden. Umgekehrt können einzelne Menschen durch ihr Vorbild leichter begeistern.

Fraktion Intern sucht positive Beispiele dafür aus Familien, Vereinen, Kommunen usw. Wir freuen uns über Eure Erfahrungsberichte und werden sie nach und nach veröffentlichen.